

Erwartungen an die Rio 20+ Konferenz

NABU-Forderungen zur Stärkung einer globalen Nachhaltigkeitspolitik

Auch zwanzig Jahre nach dem so genannten Erdgipfel der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro ist der damals proklamierte Aufbruch in eine nachhaltige Entwicklung nicht gelungen. In vielen Teilen der Welt sind Wirtschafts- und Sozialsysteme sowie die darauf aufbauenden Wohlstandsmodelle weiterhin auf ein ungebremsstes Wachstum von Produktion und Konsum ausgerichtet. Ungeachtet dessen nehmen die sozialen Ungleichgewichte zwischen den Gewinnern und Verlierern des wirtschaftlichen Konkurrenzkampfs global wie auch innerhalb einzelner Länder weiter zu. Trotz vielfältiger politischer Deklarationen schreiten die Ausbeutung natürlicher Ressourcen, der Anstieg der Treibhausgas-Emissionen genauso wie der unumkehrbare Verlust der biologischen Vielfalt weltweit voran. Der aktuelle Ausblick des Club of Rome auf die globale Entwicklung bis 2052 zeichnet ein düsteres Bild in Bezug auf die Degradierung unserer Lebensgrundlagen und mit Blick auf die damit verbundenen Risiken für künftige Generationen. Dabei liegen die Herausforderungen und Lösungsansätze in zentralen Handlungsfeldern wie Klimawandel, Ressourcenverbrauch und Landnutzung klarer denn je auf dem (Verhandlungs-) Tisch. Ob allerdings der Rio+20-Gipfel im Juni 2012 mit seinem Leitthema einer „Green Economy“ der großen Transformation unserer Wirtschaftsweisen und unseres gesellschaftlichen Umgangs mit nachhaltiger Entwicklung gerecht werden kann, oder als neue politische Floskel verkommt, muss sich aus Sicht des NABU erst noch zeigen.

Die Aufgabe des Rio+20-Gipfels der Vereinten Nationen im Juni 2012 liegt also nicht darin, die Deklaration von 1992 oder die Agenda 21 umzuschreiben. Diese haben nach wie vor nichts an ihrer Berechtigung eingebüßt. Vielmehr müssen die UN-Mitgliedsstaaten der großen Versuchung eines „Greenwashings“ widerstehen, um eigene Versäumnisse und Defizite zu verstecken. Trotz aller berechtigten Kritik an der Agenda des Gipfeltreffens steht für den NABU fest, dass in Rio alle vorhandenen Chancen genutzt werden müssen, den institutionellen Rahmen für eine globale Nachhaltigkeitspolitik zu verbessern und substanzielle Rahmenbedingungen für eine „Green and Fair Economy“ zu vereinbaren. Dabei muss verhindert werden, dass auch ökonomisch nicht zukunftsfähige Entwicklungspfade einfach ein grünes Deckmäntelchen umgehen bekommen.

Im Folgenden hat der NABU seine zentralen Erwartungen und Forderungen an die Beschlüsse des UN-Gipfels Rio 20+ zusammengestellt.

Reform des institutionellen UN-Rahmens für Nachhaltigkeit

Um die globale Nachhaltigkeitspolitik zu stärken, müssen innerhalb des UN-Systems deren Sichtbarkeit und Relevanz, Entscheidungsfähigkeit und die Umsetzbarkeit von Beschlüssen verbessert werden. Von den Vorschlägen, die im Zero Draft der Vereinten Nationen für Rio+20 enthalten sind, hält der NABU folgende Reformen für zielführend:

- Die bestehende Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) ist durch einen „Council for Global Sustainability“ zu ersetzen, der zusammen mit einem „Special Representative“ direkt bei der UN-Generalversammlung in New York anzusiedeln ist. Damit soll die Nachhaltigkeitspolitik eine formal vergleichbare Aufwertung erfahren, wie es mit der Etablierung des Rates für Menschenrechte und der Position einer UN-Hochkommissarin für Menschenrechte bei den Vereinten Nationen bereits gelungen ist.

- Das bestehende Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) muss als eigenständige UN-Sonderorganisation (UNEO) etabliert und alle relevanten inhaltlichen Prozesse zentral vom Sitz in Nairobi aus gesteuert werden. Damit ist auch gewährleistet, dass die fachliche Zuarbeit zu Themen der internationalen Klima-, Umwelt- und Naturschutzpolitik für die verschiedenen UN-Konventionen und den neu zu schaffenden „Council for Global Sustainability“ auf eine tragfähige Basis gestellt wird.

Zentrale Handlungsfelder für ein grünes Wirtschaften voran bringen

Das Leitthema von Rio+20, die „Green Economy“, stellt bisher nicht mehr als ein neues Etikett dar, das wohl kaum mehr Erfolg verspricht als die Verbreitung des Begriffs der Nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development) seit dem Erdgipfel vor 20 Jahren. Grünes Wirtschaften ist kein Selbstzweck und wird auch viele der globalen Entwicklungs- und Umweltprobleme nicht lösen können, wenn gleichzeitig an konventionellen Strategien des quantitativen Wirtschaftswachstums festgehalten wird.

Nichtsdestotrotz muss der Rio-Gipfel in zentralen Handlungsfeldern einer Nachhaltigen Entwicklung substanzielle Ergebnisse erzielen. Statt sich in Definitionsfragen zu verlieren, sollten sich die Verhandlungsdelegationen in Rio auf inhaltliche Fortschritte für eine global nachhaltige Entwicklung konzentrieren. Dazu kann auch die von der EU präferierte „Green Economy Roadmap“ ein geeignetes Format sein, wenn hier klare Ziele und ein konkreter Zeitplan sowie verbindliche Regeln für die Einhaltung der Vereinbarungen enthalten sind.

Der NABU begrüßt die im Zero Draft enthaltene Einführung von nachhaltigen Entwicklungszielen (so genannte „Sustainable Development Goals“, kurz SDGs), wenn sie als Weiterentwicklung und Ergänzung der Millennium Development Goals (MDGs) für die Zeit nach 2015 vertanden werden. Die Überprüfung, Weiterentwicklung und Ergänzung der MDGs ist jedoch als eigenständiger Prozess zu betrachten und sollte nicht die ohnehin knappe Verhandlungszeit in Anspruch nehmen. In Rio das gesamte Spektrum der

Agenda 21 und der Millennium Development Goals abzuarbeiten würde lediglich bedeuten, dass am Ende lediglich Formelkompromisse verkündet werden. Die Verhandlungen sollten sich daher auf eine Auswahl von wenigen Einzelthemen konzentrieren, bei denen in den nächsten Jahren möglichst konkrete Verbesserungen erreicht werden können und müssen.

Der NABU fordert, sich in den Rio-Verhandlungen auf fünf Schwerpunktthemen zu konzentrieren: Sicherung einer nachhaltigen Energieversorgung (Sustainable Energy for All Initiative), Sicherung der Welternährung und nachhaltige Landnutzung, Ressourcenschonung durch Abfallvermeidung und Schließen von Stoffkreisläufen (Zero Waste Economy), den Stopp der Entwaldung und den Schutz der marinen Ökosysteme. Darüber hinaus muss ein verbindlicher Prozess im Anschluss an den Gipfel vereinbart werden, der die oben genannte Umsetzung einer Green Economy Roadmap mit der Weiterentwicklung der Millennium Development Goals (MDGs) zu Sustainable Development Goals (SDGs) verknüpft und der zeitnah im Anschluss an die Rio-Konferenz startet.

1. Sustainable Energy for All Initiative

Der NABU spricht sich dafür aus, dass sich Rio 20+ die „Sustainable Energy for All Initiative“ des UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon zu Eigen macht und mit folgenden Zielsetzungen und Instrumenten unterstützt und dessen Umsetzung vorantreibt:

- Die Vertragsstaaten von Rio sollten sich verpflichten, bis 2020 für alle Menschen den Zugang zu einer sicheren und umweltfreundlichen Energieversorgung zu gewährleisten. Bis 2050 müssen sich die nationalen Regierungen am ambitioniertesten Entwicklungspfad im IPCC Special Report on Renewable Energy orientieren. Bis 2030 sollten dazu 40 Prozent des Weltenergiebedarfs aus nachhaltigen Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien gedeckt und die Energieproduktivität im gleichen Zeitraum um weitere 50 Prozent gegenüber heute gesteigert werden.
- Energieeffizienzmaßnahmen und die dezentrale Bereitstellung von Energie aus erneuerbaren Quellen und nachhaltigen Technologien haben für die Versorgung armer Bevölkerungsschichten vor

allem in ländlichen Gebieten eine besondere Bedeutung. Dies sollte vorrangig bei der Aufstellung von nationalen Energiekonzepten berücksichtigt werden. Darüber hinaus sollten sich die Regierungen in Rio verpflichten, ihre rechtlichen Rahmenbedingungen entsprechend anzupassen und bis 2020 bestehende Subventionen für fossile und nukleare Energieerzeugung bzw. –nutzung vollständig abzubauen.

- Investitionen in Entwicklungsländern für die Bereitstellung von sicherer und umweltfreundlicher Energie sowie in dezentrale Energiekonzepte, Effizienztechnologien und –maßnahmen müssen in Rio als klare Prioritäten für die internationale Klimafinanzierung und für die Entwicklungszusammenarbeit definiert werden.

2. Sicherung der Welternährung und nachhaltige Landnutzung

Nachhaltige Ernährungssicherung beruht auf gesunden, ländlichen Ökosystemen, die hochwertige Nahrungsmittel produzieren, ohne die Gemeingüter wie Wasser, natürliche Kohlenstoffsinken, Klimaresilienz, Biodiversität und Ökosystem-Dienstleistungen zu dauerhaft zu beeinträchtigen. Die landwirtschaftliche Produktion hat sich seit 1960 zwar verdreifacht, aber um den Preis eines fünffach so hohen Energieaufwandes und eines siebenfach so hohen Nitratsatzes.

Der einseitige Fokus auf angebliche Ertrags- und Effizienzsteigerungen durch eine industrielle Landwirtschaft ist aus Sicht des NABU mit den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung nicht zu vereinbaren. Insbesondere die Nitratdüngung führt dazu, dass die Landwirtschaft zum Nettokonsumenten von Energie wird. Landnutzungsänderungen sind wesentliche Treiber des Klimawandels, nicht zuletzt auch durch die weltweite Ausweitung von Anbauflächen für Pflanzen zur Energieerzeugung. Entscheidend trägt aber dazu der Anbau für Tierfutter bei: 40 Prozent der globalen Getreideproduktion wird als Tierfutter benutzt. Um diesen Trend zu stoppen, müssen die Verbraucher in den reichen Ländern ihre Konsummuster ändern und weniger Fleisch verzehren.

Die Empfehlungen des International Assessment of Agriculture Knowledge, Science and Technology for

Development (IASTD) zur Förderung einer nachhaltigen, boden- und ressourcenschonenden Landwirtschaft müssen in Rio aufgegriffen und ihre Umsetzung vorangetrieben werden. Entscheidend wird dabei sein, landwirtschaftliche Beratung und Ausbildung sowie Landnutzungsrechte für Kleinbauern und Frauen abzusichern. Die Lösungen für eine nachhaltige Landwirtschaft sind bekannt und erprobt, jedoch mangelt es nach wie vor an dem Willen zur Umsetzung.

Daher fordert der NABU alle Regierungen auf Rio-Gipfel auf,

- den Abbau von umweltschädlichen Subventionen in der Landwirtschaft wie unter der Biodiversitäts-Konvention vereinbart bis 2020 zu beschleunigen,
- sich zur Setzung nationaler Ziele für die Reduktion des Verbrauchs von chemischen Düngemitteln und Pestizide zu verpflichten sowie
- ein Mandat für das UN Committee on World Food Security (CFS) zu verabschieden, das die Umsetzung der IAASTD-Empfehlungen unter Beteiligung von Stakeholdern aus der Zivilgesellschaft, des Natur- und Umweltschutzes und insbesondere der Kleinbauern in Entwicklungsländern vorantreibt.

3. Ressourcenschonung und Zero Waste Economy

Eine „Green Economy“ muss die möglichst weitgehende Schonung der natürlichen Ressourcen in den Fokus nehmen. Dies funktioniert nur dann, wenn die Unternehmen ihren Beitrag zu leisten. Ein nachhaltiger Umgang mit Ressourcen beginnt beim Abbau von Rohstoffen und bezieht alle Umweltwirkungen entlang der Wertschöpfungskette mit ein.

Angestrebt werden sollte nicht nur ein möglichst nachhaltiger und effizienter Umgang mit Ressourcen, sondern darüber hinaus die Entwicklung neuer ressourcenleichter Geschäftsmodelle. Zur Förderung eines nachhaltigen Umgangs mit Ressourcen stellt der NABU folgende Anforderungen an Rio+20:

- Die Zertifizierung metallischer Rohstoffe muss ausgeweitet und glaubwürdiger werden, um ökologische und soziale Mindeststandards beim Abbau

zu gewährleisten. Rohstoffe, die diese Anforderungen nicht erfüllen, dürfen international nicht mehr gehandelt werden. Rohstoffunternehmen müssen in Anlehnung an das amerikanische Dodd-Frank-Gesetz weltweit dazu verpflichtet werden, Zahlungen an ausländische Regierungen offenzulegen, und zwar separat für jedes einzelne Minenprojekt. So können Umwelt- und Sozialstandards beim Rohstoffabbau weniger leicht durch Korruption umgangen werden.

- Um die Wirtschaftsweise ressourcenschonender und sozial gerechter zu gestalten, müssen Geschäftsfelder, die die gemeinschaftliche Nutzung (leihen, tauschen, leasen) in den Vordergrund stellen sowie Geschäftsmodelle, die auf Dienstleistungen für eine nachhaltige Entwicklung basieren, gefördert werden. Konsum- und Produktionsmuster müssen durch die Förderung von langlebigen, schadstofffreien, nicht gesundheitsschädlichen, ressourcenschonenden, reparaturfähigen, wiederverwendbaren und recyclingfähigen Produkten nachhaltiger ausgerichtet werden.
- Im Rahmen der Green Economy Roadmap sollte die Entwicklung von Ökodesign-Vorgaben auf der internationalen Ebene auch in Form von Handelsabkommen vorangetrieben werden. Ökodesign sollte dabei nicht nur den Energieverbrauch senken, sondern auch den Herstellungsprozess ressourcensparender machen – z.B. indem Recyclingmaterial verpflichtend einzusetzen ist. Die Einführung eines dynamischen Top-Runner Prinzips gibt der Wirtschaft Anreize, dauerhaft immer ressourcensparendere Produkte herzustellen.
- Ein weiteres Ziel bildet die Minimierung gesundheits- und umweltschädlicher Schadstoffe in Materialien und Produkten. Dies kann nur durch die Herstellung von Transparenz innerhalb der Produktion erreicht werden. Das Wissen um die Inhaltsstoffe (v.a. bei Chemikalien und Kunststoffen) stellt die Basis für eine Kreislaufführung dar.
- Das Erreichen einer Zero Waste Economy muss durch staatliche Initiativen wie nationale Programme für Abfallvermeidung, Wiederverwendung und Kreislaufwirtschaft gestützt und voran gebracht werden.

- Insbesondere in Schwellen- und Entwicklungsländern muss eine geordnete Kreislaufwirtschaft gestärkt werden, um sowohl eine sichere Entsorgung von giftigen Abfällen und Chemikalien als auch die stoffliche Verwertung von Abfällen zu gewährleisten. Die Struktur dieser geordneten Kreislaufwirtschaft muss in jedem Fall auf die Bedürfnisse und Rahmenbedingungen existierender abfallwirtschaftlicher Systeme angepasst werden.

4. Stopp der Entwaldung

Der NABU fordert, in Rio anspruchsvolle Ziele für den Waldschutz auf nationaler und internationaler Ebene zu setzen:

- Global muss die Zerstörung der Wälder bis spätestens 2020 gestoppt werden. Dabei muss der Erhalt bisher noch nicht zerstörter Waldflächen in den Entwicklungsländern und der Schutz naturnaher Wälder mit einem hohen Wert für die Biodiversität (high biodiversity value – HCV) vor Zerstörung bzw. weiterer Degradierung eindeutig Priorität haben vor einer Kompensation der bereits erfolgten Abholzung durch Neuanpflanzungen. Bis 2030 sollte eine ausgeglichene Kohlenstoffbilanz für die Forstwirtschaft erreicht werden, bei der nachhaltige Holznutzung und Waldwachstum weltweit im Gleichgewicht sind.
- Flankierend muss unter den UN-Konventionen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität ein gemeinsames Informations- und Monitoring-system vereinbart werden, das naturschutzfachliche und soziale Mindeststandards bei international finanzierten Maßnahmen zum Walderhalt sicher stellt. Dabei sollten auch Methoden zur Berechnung der nationalen Referenzwerte und Anforderungen an zuverlässige Kontrollsysteme beim Walderhalt vereinbart werden. Der Rio-Gipfel sollte hier ein klares Verhandlungsmandat erteilen.
- Maßnahmen zum Erhalt von Wäldern gehören zu den wichtigsten Klima- und Naturschutzinstrumenten weltweit. Sie können gleichzeitig die Biodiversität und die Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel fördern, aber auch die Rechte und Bedürfnisse der vom Walderhalt abhängigen indigenen Völker schützen. In Rio sollten sich alle

Entwicklungs- und Schwellenländer dazu verpflichten, eine nationalen Waldschutzstrategie zu entwickeln, die den oben genannten Kriterien gerecht wird und für deren Umsetzung dann internationale Unterstützung beansprucht werden kann.

- Insbesondere Ansätze eines „Participatory Forest Management“, von dem Klima, Biodiversität, Ökosysteme und Waldnutzer regional profitieren, sind durch neue Finanzierungsinstrumente gezielt zu fördern. Für die Förderung von so genannten REDD-Maßnahmen (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation in Developing Countries) darf die CO₂-Bindung nicht das alleinige Kriterium darstellen. Eine zusätzliche Zertifizierung muss sicher stellen, dass mit dem Klimanutzen auch Vorteile für Biodiversitätsschutz, Armutsbekämpfung und eine nachhaltige Regionalentwicklung verknüpft werden. Der NABU empfiehlt, sich hierbei an den Anforderungen des Climate, Community and Biodiversity (CCB) Standard und am „high conservation value forests“-Konzept des FSC (Forest Stewardship Council) zu orientieren. Diese Anforderungen gelten auch für das derzeit in der Öffentlichkeit diskutierte Waldschutzprojekt im Yasuní-Nationalpark in Ecuador.
- Zur Klärung der seit 2009 im Rahmen der Biodiversitäts- und der Klimarahmenkonvention offenen Finanzierungsfragen, einschließlich neuer Quellen und innovativer Instrumente für den internationalen Waldschutz, muss der Rio-Gipfel einen hochrangig besetzten Ausschuss mit Vertretern aus Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern einsetzen. Dieses Gremium sollte auch die Möglichkeiten zur Etablierung und Unterstützung von nationalen Landnutzungssystemen bewerten, um eine Ausweitung von Ackerflächen und Viehwirtschaft auf Kosten eines zusätzlichen Verlusts an Waldflächen oder Degradierung von Wäldern einzudämmen bzw. zu verhindern.
- Insbesondere die Industrie- und Schwellenländer verpflichten sich, weitere gesetzliche Maßnahmen gegen den Import, den Handel und Verkauf von Holz aus illegaler Waldnutzung und –zerstörung zu ergreifen. Dazu sind gemeinsame Regeln zur Rückverfolgbarkeit der Holzhandels-

ströme und eine verbindliche Bestrafung beim Handel mit illegalen Hölzern notwendig.

5. Schutz mariner Ökosysteme

Gesunde marine Ökosysteme und ihre Umweltleistungen sind eine unverzichtbare Grundvoraussetzung für die Nahrungssicherheit der Menschen und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Küstenregionen weltweit. Der Rio+20-Gipfel muss die von der 10. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) in Nagoya 2010 beschlossene Strategie aufgreifen und den Verlust der Artenvielfalt im Meer bis 2020 stoppen. Entsprechend des United Nations „Zero Draft – The Future We Want“ müssen marine Ökosysteme und ihre einzigartige Vielfalt besser geschützt und für nachfolgende Generationen erhalten werden:

- Die Meeresumwelt in Meeresgebieten jenseits nationaler Gesetzgebung (Hohe See) muss dringend effektiv geschützt werden. Im Rahmen des Seerechtsabkommens der Vereinten Nationen (UNCLOS) müssen Reformen der globalen Meeresverwaltung angestoßen werden. Es müssen internationale Verhandlungen beginnen, deren Ziel ein verbindliches Abkommen zum Schutz der Hohen See unter dem Dach der Vereinten Nationen sein muss. Als Beispiel kann das „UN Fish Stock Agreement“ von 1992 dienen.
- Das 2002 auf dem UN-Nachhaltigkeitsgipfel von Johannesburg beschlossene 2012-Ziel eines kohärenten Netzwerkes von Meeresschutzgebieten wurde nicht erreicht. Rio 20+ muss einen ambitionierten Fahrplan festlegen, um schnellstmöglich ein vollständiges und repräsentatives Netzwerk von effektiv verwalteten Meeresschutzgebieten in nationalen Gewässern und auf der Hohen See einzurichten. Das beinhaltet auch die Etablierung großflächiger Nutzungsfreier Zonen, in denen sich bedrohte Arten erholen können, und die der Wiederbesiedlung belasteter Areale dienen können.
- Als Grundvoraussetzung für die Nahrungssicherheit der Menschen, gilt es die natürlichen Ressourcen dauerhaft zu erhalten. Die Förderung einer nachhaltigen Fischerei spielt dabei eine Schlüsselrolle. Bereits in Johannesburg 2002 haben sich die

EU-Mitgliedsstaaten auf das Prinzip des Maximum Sustainable Yield (MSY, maximaler Dauertrag) für alle befischten Bestände bis 2015 verständigt. Auch der aktuelle Reformentwurf der gemeinsamen europäischen Fischereipolitik greift dieses Ziel erneut auf. Rio 20+ muss Versäumnisse in der Umsetzung aufzeigen und die schnellstmögliche Umsetzung des MSY-Ziels unterstützen.

- Müll im Meer, insbesondere Plastikabfälle, werden zu einer immer größeren Gefahr für die marine Artenvielfalt. Die Reduktion der Abfalleinträge und damit der gefährlichen Auswirkung für das marine Nahrungsnetz sind zu einer der größten Herausforderungen des Meeresschutzes geworden. Rio 20+ muss hier ein Zeichen der gesellschaftlichen Verantwortung und internationalen Zusammenarbeit setzen. Dabei müssen die Industrie- und Schwellenländer vorangehen, Ressourcen schonen, Einwegprodukte vermeiden und effektive Stoffkreisläufe etablieren.

Die große Transformation gestalten

Die Beschlüsse zu Rio 20+ dienen nicht dazu, mit Hilfe strenger Umweltschutzvorgaben einzelnen Ländern ihre weitere Entwicklung vorzuschreiben, sondern unter der Maßgabe ökologischer Leitplanken einen sozialen wie ökonomischen notwendigen Strukturwandel zu gestalten. Nur so können überhaupt die Chancen auf eine zukunftsfähige Entwicklung für kommende Generationen gewahrt werden.

Gleichzeitig können nicht westliche Umweltorganisationen von Schwellen- und Entwicklungsländern den Umstieg auf ein anderes Wirtschaftsmodell verlangen, wenn wir nicht die notwendige Transformation auch in den Industriestaaten deutlich beschleunigen. Mit einem „grünere Wirtschaften“ sollten Umweltschäden verursachergerecht in die Kalkulationsbasis von Staaten, Unternehmen und Bürgern mit einbezogen und Leistungen zur Erhalt der biologischen Vielfalt honoriert werden. Das Etikett „Green Economy“ darf aber nicht für ein „Greenwashing“ von Profitmaximierung durch die Vermarktung von Naturkapital missbraucht werden. Eine „Green Economy“ greift so lange

zu kurz, so lange Kosten ungestraft externalisiert werden.

Das Ausmaß an Umweltschäden, die nirgendwo in den Bilanzen auftauchen ist enorm: Im Jahr 2008 verursachten die 3000 größten Unternehmen weltweit Umweltschäden in Höhe von 2,15 Billionen US-Dollar. Die Umweltschäden und Zerstörung von Gemeinschaftsgütern werden zwar zunehmend in volkswirtschaftlichen Betrachtungen berücksichtigt. Die Kosten werden aber weiterhin auf die Gesellschaft abgewälzt und in einer globalisierten Weltwirtschaft in andere Länder und Regionen verlagert, um die Profite der Unternehmen zu steigern. Um solche Wettbewerbsverzerrungen und Zerstörung von natürlichen Ressourcen zu verhindern, muss es weltweit Regelungen geben, die den Schutz und Erhalt der Gemeingüter wie Luft, Wasser und Boden absichern.

Die OECD hat in ihrem Bericht „Auf dem Weg zu umweltverträglichem Wachstum“ vom Mai 2011 folgendes Fazit in der Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger getroffen: Eine konsequente Internalisierung und Subventionsabbau können die Haupttreiber einer neuen ressourcenarmen und klimafreundlichen Ökonomie werden, wenn ökologisch und auch sozial schädliche Subventionen weltweit gestrichen und stattdessen gezielt für eine bessere Ressourcennutzung und ökosoziale Innovationen eingesetzt werden. Allein die Subventionen für fossile Brennstoffe werden weltweit auf bis zu 600 Milliarden US-Dollar geschätzt. In der Fischerei sind es 27 Milliarden US-Dollar Subventionen – ein großer Teil davon ist mitverantwortlich für die Überfischung.

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für globale Umweltveränderung, der den Begriff einer „großen Transformation“ geprägt hat, spricht von der Notwendigkeit eines neuen Weltgesellschaftsvertrags für eine klima- und naturverträgliche Weltwirtschaftsordnung. Von diesem großen Ziel scheinen wir mit Blick auf die Agenda von Rio 20+ noch weit entfernt. Der NABU ist aber überzeugt, dass sich die Weltgemeinschaft auf dem Rio-Gipfel im Juni 2012 diesen Herausforderungen für eine „Green and fair Economy“ und den damit verbundenen Chancen für die notwendige Transformation hin zu einer nachhaltigen Entwicklung stellen und abarbeiten muss.

Kontakt

NABU-Bundesverband, Carsten Wachholz, stellv. Fachbereichsleiter Naturschutz und Umweltpolitik
Tel. 030-284984-1617, E-Mail: Carsten.Wachholz@NABU.de